

Von Michael Schoenenberger, Tobias Gafafer

«Levrat redet mich schlecht»

Ignazio Cassis kritisiert die Attacken des SP-Präsidenten – und verteidigt die Departementsverteilung sowie den Rahmenvertrag

Der Aussenminister glaubt nicht, dass die Schweiz mit der EU in den nächsten Jahren ein besseres Verhandlungsergebnis erzielt. Er sagt zudem, was er von den Brüsseler Drohungen hält.

Die Dossiers Umwelt, Verkehr und Energie sind jetzt in den Händen der Linken, die SVP bestimmt die Handels- und Agrarpolitik. Man kann sagen: Sie haben den Reset-Knopf bei der Departementsverteilung gedrückt, Herr Cassis.

(Lacht.) Nicht ich habe einen Knopf gedrückt. Der gesamte Bundesrat entscheidet. Und es gilt das Anciennitätsprinzip. SP und SVP hatten bei der Verteilung der Departemente den Vorrang.

Es gab Streit. Laut Medienberichten sind Sie dafür verantwortlich, dass Guy Parmelin statt Karin Keller-Sutter das Wirtschaftsdepartement übernimmt. Was sagen Sie dazu?

Diese Berichte sind falsch. Wie gesagt: Es gilt das Anciennitätsprinzip. Nun wollten zwei Bundesräte dasselbe Departement. Ihre Wünsche waren legitim. Ich respektiere sie.

Ein Powerplay wäre möglich gewesen: Zusammen mit der SP hätten Sie Ihrer Parteikollegin Karin Keller-Sutter das Wirtschaftsdepartement zuhalten können. Warum wollten Sie das nicht?

Die FDP hatte die Wahl: ein Powerplay mit der SP gegen die SVP oder ein Powerplay mit der SVP gegen die SP. Beides wäre nicht gut gekommen! Es hätte bedeutet, einen amtierenden Bundesrat gegen seinen Willen in ein Departement zu zwingen. Das wäre ein denkbar schlechter Start für die neue Regierung gewesen.

Mit Guy Parmelin steuert nun auch ein SVP-Vertreter die Europapolitik, namentlich bei den flankierenden Massnahmen. Hilft Ihnen das?

Sicher wäre es für mich einfacher gewesen, wenn Karin Keller-Sutter das Wirtschaftsdepartement übernommen hätte. Wir teilen die gleichen Werte und stehen zu einem Rahmenvertrag. Die SVP will kein Abkommen. Als Bundesrat wird Guy Parmelin aber nicht einfach die Linie seiner Partei durchziehen können. Auch er wird sich an die Mehrheitsbeschlüsse der Regierung halten müssen.

Es fällt auf, dass Sie zum Feindbild von SP-Präsident Christian Levrat geworden sind. Wie erklären Sie sich das?

Das hat Tradition und inzwischen wohl auch System. Ich bedaure es sehr, zumal ich bei meiner Wahl versucht habe, eine Lanze zu brechen. Weil ich als Parlamentarier die Rentenreform abgelehnt habe, hat Herr Levrat damals ein Versprechen abgegeben: Nie werde Cassis Bundesrat. Das konnte er nicht halten. Mehr kann ich nicht dazu sagen. Wenn er mich zum Feindbild erklärt, dann dient das wohl in erster Linie dazu, die eigenen Reihen zu schliessen.

Nochmals: Gemäss Levrat sind Sie an allem schuld. Gar eine Politik à la Donald Trump warf er Ihnen vor.

Levrat ist Parteipräsident. Er meint wohl, in seiner Funktion solche Attacken reiten zu müssen. Er redet mich schlecht. Meinen Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat wünsche ich nicht, dass andere Parteipräsidenten sich auf Levrats Niveau hinunter begeben. Ich halte die Art und Weise dieses Politisierens für falsch. Das widerspricht dem Konkordanzprinzip.

Sie sagen immer wieder, Sie seien nicht mit den Stimmen der Linken gewählt worden, sondern dank der SVP. Sollten Sie nicht über der Parteipolitik stehen?

Mein Wirken in der Europapolitik zeigt deutlich, dass ich über der Parteipolitik stehe. Sehen Sie, ich bin komplett unabhängig: Gegen fast alle Parteien haben wir innerhalb nur eines Jahres das Rahmenabkommen mit der EU fertig ausgehandelt. Der konkrete Vorschlag steht jetzt schwarz auf weiss zur Verfügung.

Nun liegt das Rahmenabkommen auf dem Tisch. Welche Note würden Sie dem Vertragsentwurf geben?

Der Vertragsentwurf entspricht zu achtzig Prozent dem, was wir uns gewünscht haben. Nicht einigen konnten und durften wir uns bei den roten Linien. Bei der Unionsbürgerrichtlinie schlägt die EU vor, diese nicht zu erwähnen. Bei den flankierenden Massnahmen geht die EU davon aus, dass der Arbeitnehmerschutz in der Schweiz mit einer Übernahme ihrer Entsende- und Durchsetzungsrichtlinien weiter sichergestellt würde; sie hat zudem Ausnahmeregelungen für die Voranmeldefrist, die Kautionspflicht und Dokumentationspflicht vorgeschlagen. Unser Chefunterhändler hatte nicht die Freiheit, darüber zu verhandeln. Deshalb machte die EU auf politischer Ebene dieses Angebot.

EU-Kommissar Johannes Hahn stellte am Montag klar, es handle sich um ein endgültiges und gemeinsames Verhandlungsergebnis, nicht um ein Angebot der Union. Da steht Aussage gegen Aussage. Wer hat recht?

Beide. Es handelt sich um ein Missverständnis. Zwischen diesen Aussagen gibt es keinen Unterschied. Es geht nur um das richtige Verständnis der Worte. Verhandeln ist ein rechtlich technischer Akt. Unsere Unterhändler haben mit der EU nicht über die flankierenden Massnahmen und auch nicht über die Unionsbürgerrichtlinie verhandelt. Also liegt in diesen Fragen auch kein Verhandlungsergebnis vor. Selbstverständlich habe ich mit Herrn Hahn über diese Fragen mehrmals politische Gespräche geführt, aber das waren keine Verhandlungen. Deshalb spreche ich von einem Angebot der EU. Die roten Linien waren der innenpolitische Preis, damit die Gewerkschaften an Bord sind.

Kritiker sagen, mit den politischen Gesprächen hätten Sie die roten Linien überschritten.

Die Regierung hat die roten Linien für den Chefunterhändler festgelegt. Natürlich hat sie das Recht, politisch über diese zu sprechen. Es darf keine Scheuklappen geben. Das Verhandlungsmandat hat uns nicht Gott gegeben.

Trotzdem: Die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie wird im Vertragsentwurf nicht explizit ausgeschlossen. Mit der dynamischen Rechtsübernahme wird der Druck der EU steigen.

Für die EU ist die Unionsbürgerrichtlinie Teil des Personenfreizügigkeitsabkommens. Seit zehn Jahren will Brüssel, dass wir sie übernehmen. Und seit zehn Jahren sagen wir, dass wir dies nicht wollen. Jetzt stehen wir vor einer Zukunft mit oder ohne Rahmenvertrag. In jedem Fall wird die EU weiter Druck machen, damit wir die Richtlinie übernehmen. Und wir werden weiterhin Nein sagen. Ohne Abkommen aber wird Brüssel irgendwann genug haben und Retorsionsmassnahmen ergreifen, die

gravierend sein können, etwa bei der Forschung. Der Vorteil des Vertrags ist, dass er einen rechtlichen Rahmen schafft, wenn wir die Richtlinie nicht übernehmen. Ergreift die EU Ausgleichsmassnahmen, müssten diese verhältnismässig sein.

Warum gehen Sie davon aus, dass das geplante Schiedsgericht die Schweiz nicht zur Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie anhält?

Weil bei uns die meisten Juristen diese Meinung vertreten. Würde seitens der EU eine solche Forderung aufgestellt, hätte sie im Schiedsgericht wahrscheinlich keine Chance. Ich persönlich kann gut damit leben, dass die Unionsbürgerrichtlinie im Rahmenabkommen ganz weggelassen worden ist. Das ist innenpolitisch schwierig zu erklären, aber rein sachlich gut für die Schweiz.

Sie sagen, der Schweizer Lohnschutz werde mit dem Vertragsentwurf nicht aufgeweicht. Die Gewerkschaften sagen das Gegenteil. Wie kommen Sie zu Ihrem Schluss?

Die Löhne der meisten Arbeitnehmer in der Schweiz haben nichts mit dem Rahmenabkommen zu tun. Wir reden hier über entsandte Arbeitskräfte, also rund 250 000 Menschen pro Jahr, die wegen der Personenfreizügigkeit für maximal 90 Tage hierzulande arbeiten können. Ich nehme die Angst vor Lohndumping in diesem Bereich ernst. Darum sind die flankierenden Massnahmen wichtig. Aber die Frage ist nun, ob man die Voranmeldefrist von acht auf vier Tage reduzieren und trotzdem garantieren kann, dass die Kontrollen rechtzeitig stattfinden. Ich glaube, das ist möglich.

Den Gewerkschaften geht es ums Prinzip, nicht um vier oder acht Tage. Sie lehnen es ab, dass der Lohnschutz dem Rahmenvertrag unterstellt wird.

Die Frage ist: Wollen wir pragmatisch Probleme lösen oder ideologische Kriege führen. Die SVP ist gegen jegliche Annäherung der Schweiz an die EU. Aber von den Gewerkschaften würde ich bei den flankierenden Massnahmen Gesprächsbereitschaft erwarten, zumal man diese Frage lösen kann, ohne den Lohnschutz zu schmälern.

Bereits steht die Idee im Raum, die Gewerkschaften mit einem Ausbau der Gesamtarbeitsverträge ins Boot zu holen. Würden Sie dazu Hand bieten?

Hypothetische Fragen soll man nie beantworten. Bis jetzt sind keine solchen Forderungen aufgetaucht. Aber das Rahmenabkommen wird innenpolitisch seinen Preis haben. Die Gewerkschaften wissen das auch.

Der liberale Arbeitsmarkt gehört zu den Standortvorteilen der Schweiz. Bereits mit den Flankierenden hat die Linke einen Erfolg verbucht und den Arbeitsmarkt stärker regulieren können. Nochmals: Wie weit wird der Bundesrat gehen, um das Rahmenabkommen ins Ziel zu bringen?

Lohnschutz gibt es nur, wenn es Jobs gibt. Und der liberale Arbeitsmarkt führt nachweislich zu einer besseren Beschäftigungssituation. Als Liberaler biete ich also nicht Hand zu einer Preisgabe dieses Standortvorteils.

Das Tessin ist exponiert und steht geschlossen hinter den flankierenden Massnahmen. Haben Sie das Gehör für die Befindlichkeiten Ihrer Heimat verloren, seit Sie im Bundesrat sind?

Nein. Das Tessin ist bei den Lohnkontrollen sehr fortschrittlich. Es ist einer der Kantone, die am wenigsten unter einer Reduktion der Voranmeldefrist leiden würden, weil heute schon alles elektronisch geregelt wird. Das ist ganz anders als etwa im Kanton Bern, wo offenbar noch Velokuriere unterwegs sind. Wir können den Lohnschutz im Inland auch mit anderen Fristen aufrechterhalten. Ich hoffe sehr, dass sich der Nebel in den nächsten Monaten Schritt für Schritt verziehen wird.

Tatsache bleibt, dass sich der Bundesrat nicht zu einem Ja oder Nein zum Vertragsentwurf durchringen konnte, nicht einmal zu einer Empfehlung. EU-Kommissar Hahn hat deutlich seinen Unmut darüber gezeigt.

Herr Hahn weiss genau, dass wir im Bundesrat eine Partei haben, die gar kein Rahmenabkommen will. Und dass eine zweite Partei inzwischen auch eine starke negative Position einnimmt. Achtzig Prozent des Vertragsentwurfs sind eindeutig im Interesse der Schweiz. Ich war schon sehr froh, dass es uns gelungen ist, den Text in eine öffentliche Konsultation zu geben. Diesen Reifungsprozess braucht es in einem direktdemokratischen Land.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass es auch im Bundesrat zu einem Reifungsprozess kommt?

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Es hängt natürlich vom Ergebnis der Konsultationen ab. Ich gehe davon aus, dass die Vernunft und die Intelligenz gegen Prinzipien und Ideologien gewinnen. Es war immer eine Errungenschaft der Schweiz, Problemen mit Pragmatismus zu begegnen.

Die EU erhöht nun den Druck. Ohne Rahmenvertrag werde es auch keine Modifikation von bestehenden Marktzugangsabkommen mehr geben.

Wir sind immer davon ausgegangen, dass die bestehenden Abkommen erodieren, weil man sie nicht erneuern kann. Die EU-Kommission hat aber noch nie so deutlich gesagt, dass kein einziges Update mehr gemacht werden kann.

Das ist eine handfeste Drohung der EU. So geht man nicht mit einem Partner um, oder?

Ja, das ist ein Powerplay. Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Das ist jetzt die Ausgangslage. Aber die Schweiz war in ihrer Geschichte immer wieder unter Druck. Wir sind inmitten von Europa, und dieses Europa handelt nach gewissen Prinzipien. Wir können versuchen, so souverän wie möglich zu sein. Zu hundert Prozent ist dies aber nicht möglich. Sonst müssen wir aufhören, unsere Güter und Dienstleistungen nach Europa zu exportieren.

Sie sagten, die Hoffnung sterbe zuletzt. Aber was passiert, wenn es auch in sechs Monaten keine politische Mehrheit für das Rahmenabkommen gibt?

Ohne Rahmenabkommen wird es bei den Bilateralen einen Erosionsprozess geben. Firmen werden wohl die Schweiz verlassen, weil sie im Export mit höheren Hürden und Preisen rechnen müssen. Wenn es plötzlich weniger Jobs gibt, dürfte es in den Medien und in der Bevölkerung einen Aufschrei geben. Deshalb will der Bundesrat eine Lösung mit der EU.

Der Bundesrat setzt darauf, nach der Konsultation nochmals mit Brüssel ins Gespräch zu kommen. EU-Kommissar Hahn sagte am Montag aber, die Türe für Verhandlungen sei geschlossen.

Die Türe für Verhandlungen ist geschlossen, aber nicht verschlossen. Man kann immer noch verhandeln, aber nicht mehr aufgrund des bestehenden Mandats. Die Verhandlungen müssten neu beginnen – mit ungewissem Ausgang.

Sie haben mit dem Rahmenabkommen eine Erbschaft übernommen. Würden Sie ein Scheitern wirklich bedauern? Sie könnten ja von vorne anfangen und tatsächlich den Reset-Knopf drücken...

... Den Reset-Knopf habe ich schon gedrückt. Es gab einen Neustart, und nach einem Jahr legte ich das Ergebnis vor. Nun kann man dieses studieren. Was ich im Wahlkampf versprochen habe, ist zu hundert Prozent erfüllt. Aber heute sehe ich: Die Schweiz spielt ein sehr gefährliches Spiel.

Inwiefern?

Wir laufen Gefahr, später ein schlechteres Abkommen mit der EU abschliessen zu müssen. Für diese These habe ich natürlich keinen Beweis. Vielleicht wird ein künftiger Vertrag auch besser sein. Aber ich glaube nicht daran. In der gegenwärtigen Lage kann man nicht erwarten, dass die EU der Schweiz in zwei Jahren stärker entgegenkommen wird. Wegen des Brexit muss die Union den Mitgliedsstaaten klar aufzeigen, was es heisst, auszutreten oder – wie die Schweiz – kein Mitglied zu sein. Brüssel kann es sich nicht leisten, kulanter zu sein, sonst beginnt ein EU-Land nach dem anderen, in eigener Regie zu handeln.

Wie wirkt sich der Brexit auf die Verhandlungen zum Rahmenabkommen aus?

Das ist eine Zwillingsdiskussion. Für die EU ist es eigentlich das gleiche Thema. Sie muss innenpolitisch den Tarif durchgeben. Die EU kann nur glaubwürdig bleiben, wenn sie gegenüber Drittländern wie der Schweiz hart bleibt. Wegen des Brexit ist Brüssel gegenüber Bern härter geworden, alles ist schwieriger geworden.

In ganz Europa haben europaskeptische Parteien starken Zulauf. Wie schätzen Sie die Entwicklung der EU ein?

Ich beobachte diese Entwicklungen mit Sorge. Auch deshalb wird es für die Schweiz sicher nicht einfacher werden, künftig ein besseres Verhandlungsergebnis zu erreichen. Im Gegenteil: Wenn die populistischen Kräfte in den Europawahlen 2019 erstarken, wird es für uns noch schwieriger. Rechts- und linkspopulistische Bewegungen werden primär an sich selber denken. Diese politischen Akteure wollen sozioökonomische Unterschiede stets bekämpfen und aus linker oder rechter Perspektive alles gleichmachen. Das hilft der Schweiz in künftigen Verhandlungen mit Sicherheit nicht.